

Aufruf zu „Gerichtstermin“ und „Prozess“

Justizverwaltung und Regierung arbeiten mit formalisierter Kommunikation. Darin enthalten ist die Androhung von Strafe. Strafe soll disziplinierend wirken und wird als Einschränkung von Freiheit (Isolation) oder Entziehen von Ressourcen durchgeführt. Eine inhaltliche Begründung von Gesetzesinhalten findet nur aus Versehen statt; nebenbei. Eine inhaltliche Zustimmung oder ein Formulieren von Einwänden werden durch den absoluten Geltungsanspruch und das postulierte staatliche Gewaltmonopol überflüssig gemacht. Dadurch werden nicht nur Streitfälle reguliert, sondern alle Interaktionen oder Kommunikationen mit Druck zu Konformität (also Anpassung an das vermeintlich geltende Recht) aufgeladen. Justiz entmündigt damit alle, in ihr Geltungsgebiet fallenden Akteure. Gleichzeitig werden durch Auswahl der Betätigungsfelder von Ermittlungsbehörden und Justizverwaltung politisch-gewollt (aber nicht öffentlich kontrolliert) einige Akteure privilegiert. Im Dickicht der hierarchischen Zuständigkeiten wird Verantwortung und der Wortlaut des delegierten Auftrags z.B der Flugaufsicht (DFS) verwischt.

Mit dem postulierten vermeintlichen Gemeinwohl, wird erschwert sich gegen alle Justiz auszusprechen. Logischerweise ist aber auch kein Gesetzgeber oder keine Regierung oder keine Justizverwaltung allwissend. Justiz handelt auf Basis von Gesetzen (fundamentalistisch), die Entscheidungen sind willkürlich („Unabhängigkeit der Richter“), es wird keine Prognose abgegeben, sondern erst im Klagefall wird mittels simpler Modellbildung abstrahiert: damit wird eine Zukunftsoffenheit der Justiz erzeugt. Durch eine Mehrstufige (maximal dreistufige) Hierarchie werden allzu offensichtliche Absurditäten und Widersprüchlichkeiten im Tun der Justizverwaltung korrigiert. Das Ergebnis: eine Illusion von Sinn im Verwaltungstun. Untertanentum wird zu Verwirklichung von Freiheit umdeklariert, - ein Etikettenschwindel. Nebeneffekt: Herrschaft findet Zustimmung oder wird bei konformistischem Selbstverständnis unsichtbar.

Am Beispiel: Widerstand gegen den Flughafenausbau! Für ein Nachtflugverbot von 22 bis 6 Uhr; konnte bereits mehrfach erlebt werden, dass nicht Alles das ist, was es zu sein scheint: Mediationsverfahren, Flughafenausbaugesetz, Nachtflugverbot-Versprechen; dessen Rücknahme; und dann die hessische Revision gegen das vom VGH Kassel bestätigte Nachtflugverbot. Und so weiter. In konkreten Interaktionen mit Vollstreckungsbeamten wird es nicht ärmer an Sinnverdrehungen.

Der emanzipatorisch-progressive Widerstand gegen den Flughafenausbau! Für ein Nachtflugverbot von 22 bis 6 Uhr ist Teil im breiten Bündnis. Die Arbeit als Bündnis ist gut und wichtig. Die Arbeit von Klagevereinen ist wichtig. Der Protest vor Ort, Protest bei symbolischen Terminen ist wichtig. Eine Kommunikation zwischen Akteuren mit unterschiedlichen Strategien ist wichtig. Die nicht-formalisierte Kommunikation wird aber von Justiz und Hierarchien bedroht.

Am Fall Flughafenausbau, kann gelernt werden. Sonntagsreden, Weltwirtschaftsstrategien werden kontrastiert mit Bedürfnissen von Menschen und einer nicht-formalisierten Kommunikation über Gesundheit, Lebensstil, Freiheitsbedürfnis. Kommunikation ist eine

Leistung. Das sich-Berufen auf Arbeitsanweisungen oder segmentierte Zuständigkeiten ist keine große Leistung.

Signalisieren wir, dass wir es nicht akzeptieren, dass Einzelne Mitstreiter_innen als „Angeklagte“ in eine vermeintlich singuläre „Verantwortung“ gestellt werden sollen. Tatsächlich besteht aber ein nicht-ignorierbarer gesamt-Welt-Gesellschaftlicher gruppenspezifischer Sachverhalt. Progressiv-emanzipatorische Widerstandsaktionen lassen sich nicht aus dem Gesamtkontext eines solidarischen Widerstandes herauslösen. Der Sinngehalt würde sonst verkannt werden! Dem formal-politisch vorangetriebenen Flughafensausbau stehen Bedürfnisse von Lebewesen entgegen!

Lassen wir es nicht zu, dass ohne solidarische Gegenaktionen ein inakzeptables Herrschaftssystem Individuen und ihr Tun herausreißt aus dem erweiterten Sinnzusammenhang, zum Zwecke einer exemplarischen Bestrafung mittels einer willkürlichen Neu-Interpretation. Angeklagt ist der Widerstand als Ganzes.

Eine alltägliche Doppelmoral, die sich nicht um Bedürfnisse von Lebewesen schert, sondern sich darin gefällt formale Ansprüche zu verwalten, sollte zurückgewiesen werden.

Das arrogante Tun von Ermittlungsbehörden im Verdeckten oder für die Anklage im „Besonderen Öffentlichen Interesse“, ist verabscheuenswert und sollte zurückgewiesen werden. Weil ein solches Tun den Zugang zur Realität hat, aber die passenden Versatzstücke für eine Modellbildung, die kompatibel mit dem aktuellen Herrschaftsanspruch sind heraus fischt.

Zeigen wir, dass eine solidarische Bewegung es nicht zulässt, dass Mitstreiter kompromittiert werden.

Termin der Gerichtsverhandlung ist der
**Donnerstag 05. Januar 2012 am
Amtsgericht Mainz
um 9:00 Uhr.**

Eine Strategie aller besagten staatlichen Institutionen bei dem Bemühen darum, ihre dominierende Herrschaft abzusichern, scheint es zu sein: Das Herbeiführen einer Spaltung von einem solidarischen Kollektiv. Zu diesem schändlichen Zweck wird offensichtlich und auch in diesem Fall immer wieder versucht, Einzelpersonen aus der Gemeinschaft zu isolieren und in ihrer Lebensgestaltung mit Einschränkungen zu bedrohen. Solidarität und subversiver Einfallsreichtum, sind die Gegenmittel. Strafandrohung ist staatlicher Terror. Terror soll Angst erzeugen. Angst wird durch Handlungskompetenz überwunden. Menschenwürde und das tatsächliche freie Äußern von Meinungen sind Strategien gegen staatlichen Terror.

Noch vor dem Verhandlungstermin bieten wir die Möglichkeit, die individuellen Handlungsoptionen zu erweitern. Im Rahmen eines Trainings in Offensiver Prozessführung in Mainz.

Donnerstag, der 22. und Freitag, der 23. Dezember 2011
PENg-LAND, Rheinallee 79-81; 55118 Mainz
Donnerstag: ab 12 Uhr, Freitag 10 Uhr bis 16 Uhr

Das Festhalten an als falsch-erkannten Formalisierungen wie z.B. Profitstreben, ist schädlich für gesellschaftliche Entwicklungen. Eine der vielfältigen Ideen von vielen bunten Lebensstilen ist angewiesen auf ein Miteinander, auf den Austausch: z.B. über Wünsche, Bedürfnisse und deren Grundlagen. Dies ist ein sozialer Prozess. In diesem Sozialen Prozess wird verhandelt. Verhandelt nicht im Sinne von Machtausübung, sondern im Sinne einer Verständigung, eines gegenseitigen Anerkennens. In diesem Miteinander Umgehen, entwickeln sich Individuen. Der Prozess der Individuierung ist ein Sozialer Prozess. Menschen sind in diesem Sinne auf den Umgang miteinander angewiesen. Der vermeintliche Zwang zur Existenzsicherung durch Gelderwerb verzerrt den Sinn von menschlicher Interaktion. Die Idee von einer Fraport-Jobmaschine ist bereits deshalb abzulehnen. Soziologische Theorien dienen nicht der Legitimierung von Herrschaft, sondern versuchen die sinnstiftenden Elemente des in Gruppen organisierten Menschen zu beschreiben. Nie ist es sinnvoll solche Gruppen, statisch-unveränderlich zu denken. Soziologische Theorien können zur Emanzipation genutzt werden! Eine nützliche Begriffsbildung ist hier die vom kollektivistischen Subjekt aus der Theorie Guattaris. Es findet seine Sinnstiftung in der Auseinandersetzung mit seinem sozialen Umfeld und nicht von vornherein in sich selbst oder in solipzistischen Konsumabsichten.

Als solidarische Aktion mit einem wegen seiner Flughafenprotestaktion „Angeklagten“ wurde am 21.03.2011 eine Aktion vor dem repressiven Gericht in Mainz unübersichtlich und bietet nun wiederum den Anlass für eine erneute Repression mittels Justizapparat. Nutzt bitte die Möglichkeiten des Widerstands, die einer kritischen Öffentlichkeit gut anstehen. Durch die Teilnahme im Gerichtssaal oder bei Solidaritätsaktionen vor dem Gebäude oder an anderen Orten, kann der Justizapparat als Repression enttarnt werden. Feiern wir an diesem Tag gemeinsam einen weiteren Schritt unserer jeweiligen persönlichen, emanzipatorisch-progressiven und selbst bestimmten Entwicklung.

Wehren wir uns gegen willkürliche Repression durch Justiz, Verwaltung oder wen auch immer!

WORD UP!

V.i.S.d.P.: Eure Info-Tisch-AG Mainz; PF 3940; 65029 Wiesbaden